
Verhängnisvolle Fehlkonstruktion

Die 2. Säule gehört definitiv nicht zur den Institutionen, die man erfinden müsste. Aber nachdem es sie nun gibt, sollte man ihre fatalen Fehler dringend korrigieren. ■ *Werner Vontobel*

Verträge müssen erfüllt werden. Deshalb kann man die Pensionskassen nicht einfach wieder abschaffen. Doch es wäre schon viel gewonnen, wenn die Beiträge und Nachzahlungen für die Pensionskassen wenigstens nicht mehr vom steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden könnten.

Wenn man im gleichen Aufwasch auch noch alle anderen Sonderabzüge streicht und dafür einen einheitlichen Pauschalabzug einführt, hat man schon den wichtigsten Schritt zu einer Flat-Tax, oder genauer, zu einer Bierdeckel-Steuer gemacht. Ausserdem kann man die Streichung der Steuerprivilegien als «Privatisierung» bezeichnen. Das ist ein Argument, das bei der «Rechten» immer sticht. Und damit die «Linke» auch etwas von der Übung hat, könnte man mit den zusätzlichen Steuereinnahmen die AHV noch ein wenig aufbessern – und damit den Anreiz, für die Pensionskasse zu sparen, noch einmal deutlich verringern.

So viel zu den Schlussfolgerungen. Nun zur Begründung:

Warum ist die 2. Säule eine Fehlkonstruktion? Ein Teil der BVG-Problematik ist in den vergangenen Jahren offensichtlich geworden. Die Rentenversprechen des BVG beruhen auf Annahmen, die in den Siebzigerjahren noch halbwegs richtig waren, nämlich auf einer Inflationsrate von 3 Prozent, die eine Verzinsung von 4 Prozent ermöglichen sollte. Und auf einer durchschnittlichen Lebensdauer von 15 Jahren nach der Pensionierung. Das alles trifft heute nicht mehr zu. Die Lebenserwartung ist um fünf Jahre gestiegen und die Inflati-

onsrate von durchschnittlich 3 auf unter 1 Prozent gesunken. Die Folge davon ist, dass die Jungen mit ihren Beiträgen die überrissenen Renten der Alten mitfinanzieren müssen.

Doch das Gesetz über die Berufliche Vorsorge BVG, hat noch einen viel fataleren Geburtsfehler. Er liegt darin, dass man das Einmaleins des individuellen Sparens unbesehen auf die Volkswirtschaft übertragen hat. Der einzelne Arbeitnehmer kann während seiner aktiven Zeit Geld sparen, dieses auf einem Sparbuch anlegen oder in Aktien investieren und das so geäuftete und vermehrte Guthaben im den rund 20 Jahren seines Pensionierten-Daseins wieder aufbrauchen.

Wenn alle dasselbe tun wollen, wird daraus ein volkswirtschaftlicher Vorgang, den man mit Finanzrechnungen

allein nicht erfassen kann, sondern in volkswirtschaftlichen Kategorien durchdenken muss. Im Idealfall sieht das so aus: Die Aktiven sparen. Mit dem Geld werden Fabriken gebaut. Wenn die Aktiven pensioniert sind, kassieren sie als Fabrikbesitzer den Gewinn und bestreiten davon ihre Renten. Wenn das nicht reicht, verkaufen sie ihre Anteile an den Fabriken an die Aktiven, die damit wiederum ihre künftige Rente sichern. Und so weiter.

Im weniger idealen Fall wirkt sich das so aus: Die Aktiven sparen, doch weil nur wenig neue Fabriken und Strassen gebaut werden müssen, legen die Pensionskassen das Geld in Immobilien und in Wertschriften an, die dadurch teurer werden, was wiederum den Anreiz gibt, noch mehr Immobilien und/oder Aktien zu kaufen – bis die Blase platzt.



Genau so ist es gekommen. 1985 wurde die berufliche Vorsorge obligatorisch erklärt. 1990 platzte der Immobilienboom. Dann stiegen die Pensionskassen auf Aktien um – und zehn Jahre später platzte der Aktienboom. In beiden Fällen wurden riesige Vermögen umverteilt. Wer rechtzeitig verkaufte, wurde reich, die andern wurden arm. Die Altersversicherung wurde zur Vermögenslotterie.

Warum ist das so gekommen? Ganz einfach: Die Notwendigkeit zum Investieren und damit zu sparen, ist durch den Konsum und den Stand der Technologie begrenzt. Der Produktionsapparat der Wirtschaft ist ausschliesslich dazu da, die Nachfrage nach Konsum zu befriedigen. In den Siebziger- und Achtzigerjahren betrug die Investitionsquote noch rund 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Jetzt ist sie auf rund 20 Prozent gesunken. Rund drei Fünftel der Investitionen entfallen auf die Unternehmen und werden von diesen fast vollständig selbst finanziert. Für die Haushalte bleibt noch ein Sparbedarf von 8 bis 10 Prozent. Etwa soviel haben die Haushalte schon vor der Einführung der 2. Säule auf die hohe Kante gelegt.

Das bedeutet, dass die Schweiz mit der Beruflichen Vorsorge eine Sparmaschine aufgebaut hat, die weit über ihre volkswirtschaftlichen Bedürfnisse hinausgeht. Dieses Pro-

blem war von Anfang an bekannt. Aus diesem Grund hatte der damals zuständige Bundesrat Hanspeter Tschudi 1966 die «Expertenkommission zur Behandlung der volkswirtschaftlichen Fragen der Sozialversicherung» unter der Leitung von Professor Hans Würzler einberufen. Zu jener Zeit lief eine heisse Debatte um den Ausbau der Sozialversicherungen, die ab 1969 zu einem Zweikampf wurde. Hier die Linksparteien mit ihrer zur «Volkspension» ausgebauten AHV, dort das Lager der Bürgerparteien und der Versicherungen mit ihrem kapitalgebundenen Drei-Säulen-Konzept. Die damaligen Ökonomen befürchteten, dass die Einführung der zweiten Säule zu einer «Deckungskapital-Sparwelle» (d.h. zu einem Überschüssen der Ersparnisse über die Investitionen) mit unter Umständen verheerenden Folgen für die Gesamtwirtschaft führen könnte. Eine Studie des Ökonomen Hermann Engler kam zu folgendem Schluss: *Fünf Jahre nach der Einführung der obligatorischen zweiten Säule erreicht die Sparwelle ein* ▶

Die Rente ist nur dann gesichert, wenn die Natur weiterhin durch hohen Energieverbrauch ruiniert wird. Entweder bekommen wir später eine halbwegs ausreichende Rente und kriegen in der ramponierten Umwelt keine Luft mehr, oder wir werden Rentner sein inmitten blühender Landschaften und gehen an einer kärglichen Rente ein.

WOLFGANG MOCKER,
DT. JOURNALIST

Die Schweiz hat mit der Beruflichen Vorsorge eine Sparmaschine aufgebaut, die weit über ihre volkswirtschaftlichen Bedürfnisse hinausgeht. Dieses Problem war von Anfang an bekannt.

Der Idealfall sieht so aus: Die Aktiven sparen. Mit dem Geld werden Fabriken gebaut. Wenn die Aktiven pensioniert sind, kassieren sie als Fabrikbesitzer den Gewinn und bestreiten davon ihre Renten.

Maximum von 4,6 Prozent des BIP. Weil dann immer mehr Renten ausbezahlt werden, geht sie nach 15 Jahren auf 3,6 Prozent zurück.

Dass die effektive Sparwelle noch viel höher ausfiel, hängt vor allem damit zusammen, dass man damals noch mit einer BVG-Rente von 20 Prozent des letzten Lohnes rechnete. Im Gesetz wurde später ein Rentenziel von 36 Prozent verankert.

Das FDP-Mitglied Würigler war deshalb überzeugt, dass das Drei-Säulen-Konzept seiner Partei volkswirtschaftlich zu riskant war und die «Volkspension», bei welcher die Renten überwiegend aus den laufenden Beiträgen finanziert wurden, die bessere Lösung darstelle. Allerdings gelang es ihm nicht, die Mitglieder seiner Kommission für die Gefahren der «Deckungskapital-Sparwelle» zu sensibilisieren. Dazu sagt Würigler heute: «In der 28-köpfigen Kommission gab es von Anfang an einen rein politischen Streit zwischen den beiden Lagern. Eine Diskussion um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen war deshalb gar nicht möglich.» 1972 legte Würigler sein Mandat entnervt nieder. So kam es, dass die Gefahr der «Deckungskapital-Sparwelle» nie ernsthaft diskutiert wurde.

Schade, denn in der Folge haben sich sämtliche Befürchtungen bezüglich der Sparwelle noch übertroffen: Schon in der Vorlaufphase von 1980 bis 1985 führte der Aufbau der betrieblichen Pensionskassen, kombiniert mit einer schwachen Investitionstätigkeit, zu einer Zunahme des Finanzierungsüberschusses (Ersparnisse minus Investitionen) von 0 auf 5,3 Prozent des BIP.

Nach der Einführung des BVG-Obligatoriums 1985 erlebte die Schweiz bis 1990 einen Investitions- und Immobilienboom mit realen Wachstumsraten von sieben Prozent. Dennoch bildete sich der Finanzierungsüberschuss nur leicht auf global gesehen immer noch hohe vier Prozent zurück. Bis dahin blieb der Schaden begrenzt.

Doch 1991 traf das ein, was Engler vorhergesagt und Würigler befürchtet hatten. Die Immobilienblase platzte, die Schweiz geriet in eine Rezession, und diese wurde durch den Sparzwang des BVG brutal verschärft. Die rund 25 Milliarden Franken, welche die Schweizer mehr in die 2. Säule einbezahlten, als sie sich als Renten wieder auszahlen liessen, fehlten beim Konsum und trugen wesentlich dazu bei, dass das Bruttoinlandprodukt pro Kopf bis 1998 praktisch unverändert bleibt. «Im Nachhinein», so Würigler, «ist klar, dass der Sparzwang der zweiten Säule wesentlich zur Wachstumsschwäche der Neunzigerjahre beigetragen hat.»

Doch die Sparwelle brachte ein noch grösseres Problem mit sich: Sie hat unserer Wirtschaft sozusagen eine Schaumkrone aufgesetzt. Konkret: Der Sparüberschuss machte die Finanzindustrie reich. In Zahlen: 1990 betrug der Wertschöpfungs- oder vielmehr Wertabschöpfungsanteil der Finanzindustrie an der gesamten Wertschöpfung (bzw. am BIP) noch 14,9 Prozent. Heute sind es bereits 21,8 Prozent. Die Finanzindustrie verwaltet heute mehr als 2000 Milliarden Franken Anlagen allein von Inländern. Dabei sind die rund 600 Milliarden der Pensionskassen, die teilweise von den Versicherungen verwaltet werden, noch nicht einmal voll eingerechnet. Die Werte dieser Anlagen schwanken auch an normalen Börsentagen locker um 10 bis 20 Milliarden Franken – ein Mehrfaches dessen, was in derselben Zeit an Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet wird. Auf dem Finanzmarkt wird also mehr «verdient» als mit realer Arbeit.

Das prägt das Denken. Die Schweiz ist ein Land von Shareholdern geworden. Die Medien sehen die Wirtschaft fast nur noch mit den Augen der Aktionäre. Sie bejubeln jede Gewinnsteigerung und fragen nie nach der Entwicklung der Lohnsumme. Da erstaunt es auch nicht, dass sich heute kaum noch jemand kritisch mit der volkswirtschaftlichen



„Die blinden Flecken der Ökonomie“
Vortrag und Workshop von und mit Prof. Dr. Bernd Senf

Vortrag am Freitag, 18. Januar 2008
Beginn 20:00 Uhr (Einlass 19:30 Uhr)
Volkshaus Zürich, Stauffacherstr. 60, Grüner Saal

Workshop am Samstag, 19. Januar 2008,
09:30 bis 16:30 Uhr
Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich

Infos und Anmeldung:
INITIATIVE FÜR EINE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

www.inwo.ch INWO-Schweiz, Postfach, CH-5001 Aarau, +41 62 822 84 88

Die Sparwelle brachte ein noch grösseres Problem mit sich: Sie hat unserer Wirtschaft sozusagen eine Schaumkrone aufgesetzt. Sie machte die Finanzindustrie reich.

Rolle und Bedeutung des Pensionskassensystems auseinander setzt. Hans Würigler und Hermann Engler haben keine Nachfolger gefunden.

Die Schweiz folgt damit einem globalen Trend. Viele Länder haben ab den Siebzigerjahren ihre im Deckungsverfahren finanzierten Altersvorsorgesysteme auf- und ausgebaut. Im Gefolge davon entstand eine ganz neue Dienerklasse des Kapitals, von den Pensionskassenverwaltern über die Portfoliomanager und Analysten bei den Banken bis zu den Hedgefonds-Managern usw. Diese Kaste entwickelte ihre eigene neue Philosophie, den so genannten Shareholder-Value.

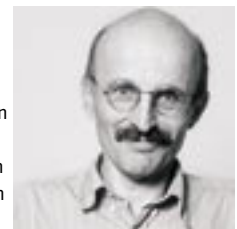
Die Folgen sind bekannt: Das frühere Kräftegleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital, das bis in die Achtzigerjahre für einen auf breiter Front steigenden Wohlstand gesorgt hatte, ist gestört. Die Arbeit ist in der Defensive, die Löhne steigen, wenn überhaupt, nur noch langsam. Die Gewinne steigen dafür umso schneller. Während die Unternehmer früher noch Kredite aufnehmen mussten, um ihre Investitionen zahlen zu können, reicht der Gewinn heute nicht mehr nur, um die Dividende zu bezahlen und die

Investitionen zu finanzieren, sondern auch noch um andere Firmen aufzukaufen – und bei der nachfolgenden Restrukturierung die Lohnkosten weiter zu senken. Der Teufelskreis dreht sich.

Ob die 2. und die 3. Säule (und ähnliche kapitalgedeckte und steuerlich geförderte Vorsorgesysteme im Ausland) diese Entwicklung ausgelöst oder nur verstärkt haben, kann offen bleiben. Drohen die Unternehmen bloss deshalb mit Auslagerungen und drücken damit die Löhne, weil sie das dank der Globalisierung erst jetzt können? Oder tun sie es, weil sie erst dank dem Shareholder-Value-Denken die nötige Unverfrorenheit entwickelt haben?

Es ist nie zu spät, aus Fehlern zu lernen. Die 2. Säule setzt falsche Anreize. Die sollte man dringend korrigieren.

Werner Vontobel ist Wirtschaftspublizist beim SonntagsBlick und einer der besten Wirtschaftsjournalisten der Schweiz. Sein nächstes Buch trägt den Titel «Arbeitswut – warum es sich nicht lohnt, sich abzuhetzen und gegenseitig die Jobs abzuzeigen» und erscheint im März im Campus Verlag.



> Auf der Suche nach der **guten Geldanlage**

Immer mehr Menschen konsumieren bewusst. Sie wollen wissen, woher ihre Lebensmittel, Kleider und anderen Konsumgüter stammen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden. Viel seltener jedoch werden solche Fragen beim Geld gestellt: Woher kommt die Rendite meiner Finanzanlage? Wie kann ich mit meinem Ersparten Gutes bewirken? Und was macht die Bank eigentlich mit meinem Geld? Ohne Antworten auf diese und ähnliche Fragen klafft eine grosse Lücke zwischen Anspruch und Realität beim verantwortlichen Umgang mit dem eigenen Geld.

Im Konsumbereich helfen Labels wie Bio-Knospe oder Max-Havelaar-Gütesiegel bei der Orientierung. Bei Finanzanlagen hin-

gegen gibt es bis anhin nichts Vergleichbares. Wohl werden viele Anlageprodukte als «nachhaltig», «ethisch» oder «ökologisch» angepriesen. Nach welchen Kriterien das Kapital wo angelegt wird, variiert jedoch stark. Wer herausfinden wollte, welche Anlagemöglichkeiten den persönlichen Erwartungen und Vorstellungen von Nachhaltigkeit entsprechen, stand verloren im Angebotsdschungel.

Hier schafft «Saubere Renditen: sozial und ökologisch verantwortungsvoll investieren» Abhilfe. Der von Erklärung von Bern und der Stiftung für Konsumentenschutz herausgegebene Ratgeber evaluiert nicht nur alle Angebote, die gegenwärtig auf dem Schweizer Markt sind, sondern liefert zudem Ban-

kenporträts und das nötige Hintergrundwissen, um die Funktionsweise der verschiedenen nachhaltigen Anlageprodukte zu verstehen.

Was dem Ratgeber fehlt, ist eine kritische Sicht auf die Geldschöpfung und die Wirkung des Zinses, die das Weltfinanzsystem destabilisieren.

Andreas Missbach: **Saubere Renditen** – ökologisch und sozial verantwortungsvoll investieren. hep-Verlag, 2007. 208 S. Fr. 34.-.

Die im Anhang des Ratgebers beschriebenen Fonds sind auch auf der Website der Erklärung von Bern porträtiert: www.evb.ch

